

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Anhörung der EU-KommissarInnen](#) 2
- [Neue EU-Regeln erhöhen Sicherheit bei Online-Shopping](#) 2
- [„Juncker-Plan“ löst Investitionen von 433 Mrd. EUR aus](#) 3
- [EU-Kommission und WHO werben gemeinsam für den Nutzen von Impfstoffen](#) 4
- [Gemeinden können ab 19. September wieder EU-Förderung für kostenloses WLAN beantragen](#) 5
- [Europäischer Fonds unterstützt 14.500 entlassene Arbeitnehmer](#) 6

Europäisches Parlament

- [Parlament empfiehlt Christine Lagarde für EZB-Vorsitz](#) 7

Europäischer Rat

- [Rat „Allgemeine Angelegenheiten“](#) 8
- [EU-Finanzministertagung](#) 8
- [Neuer Beschluss zur Waffenausfuhrkontrolle](#) 9

Sonstiges

- [Europäischer Erfinderpreis 2020: Einreichung von Nominierungen bis Ende September möglich](#) 10
- [Besuch der Gewerkschaftsschule Innsbruck und Innsbruck Land](#) 11

Laufende Konsultationen 12

Tagesordnungen der Institutionen 13

Impressum 13

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Anhörungen der designierten EU-KommissarInnen

Von Montag, dem 30. September 2019, bis Dienstag 8. Oktober 2019 finden die Anhörungen der designierten EU-KommissarInnen im EU-Parlament statt.

Bevor die neuen EU-KommissarInnen ihr Amt antreten können, führt das Parlament Anhörungen der vorgeschlagenen Kandidaten durch, um zu prüfen, ob ihre Kompetenzen und Qualifikationen zu den für sie vorgeschlagenen Zuständigkeiten passen.

Alle Kandidaten werden zu einer jeweils dreistündigen und live im Internet übertragenen Anhörung vor dem parlamentarischen Ausschuss eingeladen, der für das ihnen zugewiesene Themengebiet zuständig ist. Wenn mehrere Ausschüsse zuständig sind, führen sie die Anhörung gemeinsam durch. Nach der Anhörung bewerten die zuständigen Ausschüsse die Kompetenzen der jeweiligen Kandidaten. Die Konferenz der Präsidenten, der die Vorsitzenden der Fraktionen und der Präsident des Europäischen Parlaments angehören, schließt diese Bewertung anschließend ab.

Sobald alle Anhörungen abgeschlossen wurden, wird das Parlament die neue Kommission ins Amt wählen. Auf dieser Grundlage können die neuen KommissarInnen ihr Mandat beginnen. Dieser Prozess wiederum stärkt die Legitimität des Handelns der zukünftigen EU-Exekutive.

Österreichs vorgeschlagener EU-Kommissar Johannes Hahn, der in der Legislaturperiode 2009-2014 das Amt des EU-Kommissars für Regionalpolitik und in der Legislaturperiode 2014-2019 das Amt des EU-Kommissars für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen innehatte, wird am Donnerstag, den 3. Oktober 2019 angehört. Hahn wurde für die kommende Legislaturperiode als EU-Kommissar für Haushalt und Personal vorgeschlagen.

[Mehr Informationen zum Verfahren](#)

Neue EU-Regeln erhöhen Sicherheit beim Online-Shopping

Seit Freitag, den 13. September 2019, gelten neue EU-Regeln, die für mehr Sicherheit und Benutzerfreundlichkeit beim Online-Shopping und beim Abwickeln von Bankgeschäften sorgen.

Geänderte Bestimmungen bezüglich der Authentifizierung der BenutzerInnen sollen Betrugereien bei Online-Zahlungen einen Riegel vorschieben. Die KonsumentInnen werden zudem aus einem größeren Angebot an Zahlungsarten wählen können, da neue und innovative Anbieter in den Zahlungsmarkt einsteigen können.

Einige Marktteilnehmer haben die schrittweise Umsetzung der technologischen und praktischen Änderungen allerdings noch nicht ganz abgeschlossen. Daher fordert die Europäische

Kommission alle Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften zügig und vollständig umgesetzt werden. Mit dem Inkrafttreten der neuen Regeln wird die überarbeitete [Zahlungsdiensterichtlinie \(PSD2\)](#) vollständig umgesetzt.

[Artikel der EU-Kommission](#)



Europäische Kommission

„Juncker-Plan“ löst Investitionen von 433 Milliarden Euro aus

Durch die Europäische Investitionsoffensive („Juncker-Plan“) werden nach den jüngsten Zahlen voraussichtlich 433,2 Mrd. EUR an Investitionen veranlasst. Im September 2019 beliefen sich die im Rahmen des Juncker-Plans genehmigten Transaktionen aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) auf 79,7 Mrd. EUR, die wiederum ein Vielfaches an privaten Investitionen in allen 28 Mitgliedstaaten freisetzen.

Das Gesamtfinanzierungsvolumen aus dem EFSI in Österreich beläuft sich auf 1,6 Mrd. EUR und soll 5,4 Mrd. EUR an Folgeinvestitionen mobilisieren.

In Österreich profitierten zum Beispiel die ÖBB Personenverkehr AG. Ein Darlehen in Höhe von 500 Mio. EUR ermöglicht ihr, etwa 260 elektrische Züge für den regionalen Personenverkehrsdienst in Österreich zu erwerben. Die neuen Züge sind energieeffizienter als die frühere Flotte und haben eine bessere Ausstattung für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Lesen Sie [hier](#) mehr.

Das österreichische Bio-Technologieunternehmen Apeiron wird mit einem Darlehen von 25 Mio. EUR bei der Entwicklung neuer pharmazeutischer Produkte zur Behandlung von Krebs, insbesondere eines seltenen Typs, der bei Kindern auftritt, unterstützt. Lesen Sie [hier](#) mehr.

Das österreichische Unternehmen AVL wird mit einem Darlehen in Höhe von 70 Mio. EUR bei der Entwicklung von hybriden und rein elektrischen Antriebssystemen unterstützt. Die Mittel fließen in

seine Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Lesen Sie [hier](#) mehr.

Derzeit sind Griechenland, Estland, Portugal, Bulgarien und Lettland die fünf Länder mit den höchsten Investitionen aus dem Juncker Plan im Verhältnis zum BIP.

[Artikel der EU-Kommission](#)

[Juncker-Plan in Österreich](#)



Europäische Kommission

EU-Kommission und WHO werben gemeinsam für den Nutzen von Impfstoffen

Die Europäische Kommission und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) richteten am Donnerstag den 12. September 2019 in Brüssel den weltweit ersten [Globalen Impfgipfel](#) aus, um globale Maßnahmen gegen die Ausbreitung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten voranzutreiben und gegen die Verbreitung von Desinformation über Impfstoffe vorzugehen.

EU-Kommissionspräsident Juncker erklärte hierzu: „Es kann nicht sein, dass in einer so hoch entwickelten Welt wie der unseren noch immer Kinder an Krankheiten sterben, die schon seit Langem hätten ausgerottet sein sollen. Schlimmer noch: Wir halten die Lösung dafür in unseren Händen, aber wir nutzen sie nicht in vollem Umfang! Dank Impfungen werden bereits jährlich 2-3 Millionen Menschenleben gerettet, weitere 1,5 Millionen Todesfälle könnten durch eine höhere globale Durchimpfungsrate verhindert werden. Auf dem heutigen Gipfeltreffen haben wir die Möglichkeit, dieses Problem anzusprechen. Die Kommission wird auch weiterhin die nationalen Anstrengungen der EU-Mitgliedstaaten unterstützen und mit ihren Partnern, die heute nach Brüssel gekommen sind, zusammenarbeiten. Wir müssen diese globale Bedrohung gemeinsam bewältigen, und zwar jetzt.“

Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, fügte hinzu: „Nach vielen Jahren rückläufiger Erkrankungszahlen befinden wir uns nun an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Zahl der

Masernerkrankungen steigt wieder, und eines von zehn Kindern erhält nach wie vor nicht die so wichtigen Impfungen im Kindesalter. Diesen Kurs können und müssen wir korrigieren. Gelingen kann uns dies nur, wenn wir dafür sorgen, dass alle von den wirksamen Impfmaßnahmen profitieren können – und wenn die Regierungen und ihre Partner in die Immunisierung als ein Recht für alle und als soziales Gut investieren. Es ist an der Zeit, Impfungen als zentralen Bestandteil der Gesundheitsfürsorge für alle zu unterstützen.“

In den vergangenen 3 Jahren verloren sieben Länder, darunter vier Länder in der Europäischen Union, ihren Status der Maserneliminierung. Neue Ausbrüche sind unmittelbar auf Impflücken zurückzuführen, auch bei Jugendlichen und Erwachsenen, die keinen vollständigen Impfschutz erhalten haben. Um diese Impflücken wirksam zu schließen, werden auf dem Gipfeltreffen zahlreiche Hindernisse für die Impfung angesprochen.

Außerdem riefen die EU und die WHO dazu auf, die [Globale Impfallianz GAVI](#) massiv zu unterstützen.

Europäische Kommission



Europäischer Fonds unterstützt 14.500 entlassene Arbeitnehmer

Laut einem am Montag, den 16. September 2019, von der EU-Kommission veröffentlichten Bericht wurden in den vergangenen zwei Jahren 14.500 Arbeitnehmer durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in Höhe von insgesamt 45,5 Mio. EUR unterstützt.

Der EGF wurde 2007 eingerichtet, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die aufgrund der Globalisierung und sich ändernder Handelsstrukturen oder einer Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Arbeitsplatz verlieren. Seit der Gründung des EGF wurden rund 635 Mio. EUR beantragt, um mehr als 151.000 Arbeitnehmern und 4.429 jungen Menschen, die nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung sind, zu helfen.

Vor kurzem hat die Kommission einen Vorschlag angenommen, in dem festgelegt wird, dass

Entlassungen aufgrund eines Brexits in den Anwendungsbereich des EGF fallen. Für den nächsten langfristigen Haushalt 2021-2027 schlug die Kommission eine Reihe von Änderungen des Fonds vor, darunter eine Aufstockung des Budgets und eine niedrigere Förderfähigkeitsschwelle, damit sie wirksamer eingreifen kann, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

[Artikel der EU-Kommission](#)



Europäische Kommission

Gemeinden können ab 19. September wieder EU-Förderung für kostenloses WLAN beantragen

Am Donnerstag, den 19. September 2019 um 13 Uhr wird die EU-Kommission eine neue Ausschreibungsrunde für WiFi4EU-Gutscheine starten. Bis zum 20. September um 17 Uhr können Gemeinden in der ganzen EU 1780 Gutscheine im Wert von je 15.000 Euro beantragen, mit denen sie kostenlose WiFi-Netze in öffentlichen Räumen einrichten können.



Mit der WiFi4EU-Initiative sollen Bürger und Besucher in der gesamten EU über kostenlose WiFi-Hotspots in öffentlichen Räumen wie Parks, Plätzen, Verwaltungen, Bibliotheken und Gesundheitszentren einen hochwertigen Internetzugang erhalten.

Die Gemeinden werden in der Reihenfolge der Beantragung, also nach Datum und Uhrzeit der Antragstellung, ausgewählt. Pro Land werden

mindestens 15 Gutscheine vergeben, wobei die Anzahl der Gutscheine pro Land 8% der zur Verfügung stehenden Mittel nicht übersteigen darf.

Es wird auch möglich sein, mit einem bereits bestehenden Netzwerk an der Initiative teilzunehmen.

Mehr Informationen zur WiFi4EU finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament



Parlament empfiehlt Christine Lagarde für EZB-Vorsitz

Das Europäische Parlament hat am Dienstag, den 17. September 2019, in einer Abstimmung im Plenum Christine Lagarde als nächste Präsidentin der Europäischen Zentralbank empfohlen.

Lagarde erhielt bei einem geheimen Votum des Parlaments 394 von 649 abgegebenen Stimmen. 206 Abgeordnete sprachen sich gegen die Französin aus und 49 enthielten sich. Zuvor hatte bereits der Wirtschaftsausschuss des Parlaments der Personalie zugestimmt.

Lagarde, zuvor seit 2011 Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), soll den Italiener, Mario Draghi, am 1. November 2019 ablösen. Mit ihr wird zum ersten Mal eine Frau an der Spitze der EZB stehen.

Das Europäische Parlament gibt eine unverbindliche Empfehlung ab, ob ein Kandidat oder eine Kandidatin geeignet ist, das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) zu übernehmen. Die endgültige Entscheidung trifft der Europäische Rat.

[Artikel des EU-Parlaments](#)



Europäischer Rat

Rat „Allgemeine Angelegenheiten“

Der Verhandlungsstand zum mehrjährigen Finanzrahmen, die Vorbereitung des Europäischen Rates im Oktober und die Stärkung der Achtung der Rechtsstaatlichkeit standen auf der Tagesordnung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ am 16. September 2019.

Die MinisterInnen berieten sich über die Stärkung der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Diese Diskussion sollte den jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialog des Rates vorbereiten, der im November im Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ abgehalten wird.

Auf der Grundlage eines vom finnischen Vorsitz vorgelegten Hintergrundpapiers erörterten die EU-MinisterInnen, welche Maßnahmen der Rat treffen könnte um zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU beizutragen.

Der Rat zog die Bilanz der Arbeit zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021-2027. Der Vorsitz hatte im Sommer einen Fragebogen an alle Delegationen gesendet und Anfang September bilaterale Treffen abgehalten, um die Prioritäten und wichtigsten Anliegen der Mitgliedstaaten zu

ermitteln. Davon ausgehend wird er als Beitrag des Vorsitzes ein Papier zur Vorbereitung des Gedankenaustausches auf der Oktobertagung des Europäischen Rates verfassen.

Der Rat führte eine Anhörung betreffend Ungarn durch. Die Anhörung erstreckte sich auf alle Sachverhalte, die in dem begründeten Vorschlag des Europäischen Parlaments genannt wurden. Sie ermöglichte es den EU-MinisterInnen, einen ausführlicheren Gedankenaustausch mit Ungarn zu den wichtigsten Fragen, die das Parlament umrissen hatte, zu führen. Die Anhörung fand statt, da der Rat festgestellt hat, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Grundwerte der Union durch Ungarn besteht.

[Artikel des Europäischen Rats](#)

EU-Finanzministertagung

Von 13. bis 14. September 2019 fand in Helsinki eine informelle Tagung der EU-MinisterInnen für Wirtschaft und Finanzen statt.

Am ersten Tag stellten die EU-MinisterInnen fest, dass die Fähigkeit des Finanzsektors, hybride Bedrohungen und Störungen der Infrastruktur abzuwehren, gestärkt werden muss. Diesbezüglich wurden Übungen, Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden diskutiert.

Neben der Rüstung des Finanzsektors für hybride Bedrohungen tauschten sich die MinisterInnen unter anderem auch über die Stärkung von Klimaschutzmaßnahmen aus.

Am zweiten Tag setzten sich die EU-MinisterInnen mit Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Debatte über Energiebesteuerung auseinander. Die Beratungen konzentrierten sich vor allem auf die Themen Wettbewerbsfähigkeit,

Klimaschutzmaßnahmen und die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz von Energiebesteuerung.

Der finnische Vorsitz weist mit Nachdruck darauf hin, dass die EU ihr Profil als globale Vorkämpferin für den Klimaschutz schärfen muss. Ziel ist, eine langfristige Klimastrategie mit dem Ziel der Kohlenstoffneutralität bis 2050 zu beschließen.

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)



Europäischer Rat

Waffenausfuhrkontrolle: Rat verabschiedet Schlussfolgerungen, neuen Beschluss mit aktualisierten gemeinsamen Regeln der EU und überarbeiteten Leitfaden

Der Rat hat am Montag, den 16. September 2019, einen Beschluss zur Änderung des gemeinsamen Standpunkts des Rates vom 8. Dezember 2008 über die Kontrolle von Waffenausfuhren sowie einen überarbeiteten Leitfaden angenommen. Ferner nahm er Schlussfolgerungen zur Überprüfung des gemeinsamen Standpunkts an.

Der Ratsbeschluss trägt einigen Entwicklungen auf europäischer sowie auf internationaler Ebene Rechnung, die seit Annahme des gemeinsamen Standpunkts im Jahr 2008 zu neuen Verpflichtungen und Zusagen der Mitgliedstaaten geführt haben. Insbesondere ist am 24. Dezember 2014 der Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty – ATT) in Kraft getreten, der den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regelt. Alle EU-Mitgliedstaaten sind dem ATT beigetreten. Ziel des ATT ist es, die höchstmöglichen gemeinsamen internationalen Normen für die Regelung oder die Verbesserung der Regelung des internationalen Handels mit konventionellen Waffen zu schaffen, den unerlaubten Handel mit konventionellen Waffen zu verhüten und zu beseitigen und deren Umleitung zu verhüten.

In den Schlussfolgerungen weist der Rat darauf hin, dass er die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern stärken möchte und eine engere Zusammenarbeit im Bereich der

Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) anstrebt. Hierzu sollen hohe gemeinsame Standards für die von allen Mitgliedstaaten bei Transfers von Militärtechnologie und Militärgütern zu befolgende Praxis festgelegt, aufrechterhalten und durchgesetzt werden.

Der Rat bekräftigt, dass der Handel mit Militärtechnologie und Militärgütern den Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht unterliegen sollte. Er bekräftigt außerdem, dass er die Zusammenarbeit und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten fördern will, um zu verhindern, dass Militärtechnologie und Militärgüter ausgeführt werden, die zu interner Repression oder internationaler Aggression eingesetzt werden oder zu regionaler Instabilität beitragen könnten.

[Schlussfolgerungen des Rats im Volltext](#)



Sonstiges

Europäischer Erfinderpreis 2020: Einreichung von Nominierungen bis Ende September möglich

submission deadline: 30 september 2019

european inventor award 2020

Mit dem auf jährlicher Basis vom Europäischen Patentamt vergebenen Europäischen Erfinderpreis ehrt die zwischenstaatliche Organisation die kreative Leistung von Erfindern weltweit nicht nur für ihre wissenschaftlichen oder technischen Errungenschaften, sondern auch für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einfluss ihrer Erfindung. Im Rampenlicht stehen die Einzelpersonen, deren Erfindungen unseren Alltag verbessert haben. Durch die Nominierung eines Erfinders kann mitbestimmt werden, wer die

begehrte Auszeichnung erhalten soll. Der Preis wird in fünf Kategorien – wie „Industrie“ oder „KMU“ – vergeben. Die Übermittlung von Nominierungen ist bis 30. September 2019 möglich.

[Website des Europäischen Patentamts](#)

[Preiskategorien](#)

[Nominierungen](#)



Sonstiges

Besuch der Gewerkschaftsschule Innsbruck und Innsbruck Land



Am Freitag, den 13. September 2019, besuchte die Gewerkschaftsschule Innsbruck und Innsbruck Land das das Tiorler Verbindungsbüro. Auf eine Einführung

in die Tätigkeiten unseres Büros folgte eine spannende Diskussion.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[EU-Steuerpolitik – Bewertung der Kommunikationskanäle](#)

Steuern

21. Juni 2019– 13. September 2019

[Evaluierung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und den Europäischen Sozialfonds](#)

Beschäftigung und Soziales

24. Mai 2019– 16. August 2019

[Sustainable batteries – EU requirements](#)

Binnenmarkt

13. Juni 2019– 8. August 2019

[Standard chargers for mobile phones](#)

Binnenmarkt

14. Mai 2019– 6. August 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Martin Rigo

Abbildungsverzeichnis

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/factsheet-wifi4eu>

<https://epws.org/european-inventor-award-2020/>